

# BLICKPUNKT

## DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

### TTIP & CETA stoppen!

#### Nein zu den Freihandelsabkommen der Banken und Konzerne!

**Unter größter Geheimhaltung werden zwischen den USA und der EU Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen (TTIP) geführt. Selbst Abgeordnete des Europaparlaments oder des Bundestages werden nicht informiert. Für rd. 600 Vertreter des großen und Monopolkapitals gilt das nicht – sie sitzen federführend mit am Verhandlungstisch.**

Die 2013 durch die europäische Kommission beschlossenen Leitlinien für TTIP lassen Schlimmstes befürchten. Danach sollen bestehende Regelungen so angepasst werden, dass es für das Kapital leichter ist, zu investieren, Handel zu betreiben oder Niederlassungen zu gründen. Im Kern geht es um eine möglichst vollständige Liberalisierung mit der Folge, dass soziale und Arbeiterrechte eingeschränkt und zerschlagen werden. Betroffen wären alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Es geht also um die Freiheit des großen und Monopolkapitals, für die Verbesserung ihrer Profitbedingungen auf Kosten der Beschäftigten und des Großteils der Bevölkerung. Das heißt:

- Unternehmen die Möglichkeit zu bieten, Staaten zu verklagen, wenn sie ihre Profite durch Sozial- oder Umweltgesetze schmälern
- Arbeitsschutzstandards und Rechte der Gewerkschaften aufzuweichen
- Öffentliche Beschaffungswesen auf allen Ebenen (national, regional, lokal) zu liberalisieren
- Regulierungen bei den Finanzdienstleistungen zu den Akten zu legen

- Europäische Verordnungen zur Lebensmittelsicherheit abschaffen zu wollen

- Zentrale Umweltvorschriften innerhalb der EU zu untergraben

- Die Privatsphäre zu schwächen

**Was bei TTIP noch verhandelt wird, ist beim Abkommen zwischen Kanada und der EU (CETA) bereits Realität.** Es gilt als Blaupause für TTIP und soll 2016 in Kraft treten.

**Gegen diese Freihandelsabkommen hat sich Widerstand gebildet.** Mit einer europäischen Bürgerinitiative (EBI) soll versucht werden, CETA nicht in Kraft treten zu lassen und die Verhandlungen über TTIP sofort zu beenden. Die EU-Kommission hat diese EBI nicht zugelassen. Damit versucht die EU-Kommission den ohnehin verschwindend geringen Einfluss der EU-Bürgerinnen und -Bürger zu unterbinden.

Ein Bündnis, bestehend aus ca. 230 Organisationen aus 21 EU-Ländern, hat Widerstand gegen diese Entscheidung der EU-Kommission angekündigt. Es wird die Zulässigkeit der EBI rechtlich einklagen und zeitgleich mit der Sammlung von Unterschriften beginnen.

**TTIP ist die Unterwerfung von ganzen Staaten unter die Kapitalinteressen großer Konzerne.** Die Konzerne des großen und Monopolkapitals arbeiten hier über Ländergrenzen hinweg bis zum Abschluss des Freihandelsabkommen zusammen. Danach werden sie sich als schärfste Konkurrenten auf den dann freigegebenen

Märkten wiederfinden. Der Standortwettbewerb wird verschärft und Monopolisierungstendenzen werden verstärkt. Es wird zu einer neuen Welle der Privatisierungen öffentlicher Daseinsvorsorge führen. Künftige Rekommunalisierungen sollen verhindert werden. Kleinere und mittlere Unternehmen werden in den Ruin getrieben, Löhne werden gedrückt, Arbeitsplätze vernichtet und die soziale Spaltung vertieft. Demokratie und bürgerlicher Rechtsstaat, Arbeits- und Menschenrechte sowie die Erhaltung der Umwelt spielen keine Rolle bei den Freihandelsabkommen.



**Deshalb unterstützen wir die Proteste gegen TTIP, CETA und die Freihandelsagenda der Konzerne wie die Initiative „10.000 Kommunen TTIP-frei“ und andere lokale Aktivitäten. Wir rufen außerdem dazu auf, Unterschriften für die Europäische Bürgerinitiative gegen die geplanten Handelsabkommen TTIP und CETA zu sammeln.**

# Perveres Hartz IV-System - Immer mehr Strafen

**Die Boulevardpresse jubelte in großen Schlagzeilen: endlich bekämen die Drückeberger die Härte des Gesetzes zu spüren. Hintergrund waren Meldungen der Bundesagentur für Arbeit, dass die Sanktionen gegen Hartz-IV Empfänger im ersten Halbjahr 2014 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um rund 12.000 Fälle gestiegen seien. Von Januar bis einschließlich Juni dieses Jahres waren von den Sanktionen knapp eine halbe Million Menschen in Deutschland betroffen. „Leistungskürzung durch Sanktion“ heißt das im Behördendeutsch der Statistiker von der Bundesagentur. Die zählen regelmäßig, wie viele „Leistungsempfänger“ bestraft wurden. Bestraft! Nichts anderes bedeutet das Fremdwort Sanktion.**

In Flensburg waren das - nach der neustens Statistik vom Juni 2014 - 272 Leistungsempfänger, denen sogar das Existenzminimum verweigert wurde. Menschen, die bereits unter dem Minimum leben, bekommen noch weniger Geld. Das ist keine Strafe, sondern eine Geißelung.

Die Gründe dafür? In den meisten Fällen geht es um versäumte Termine: dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um einen verordneten Arzt-Termin handelt oder um die Teilnahme an einer Infoveranstaltung. Wer nicht kommt, dem droht eine Kürzung der Regelleistung um 10 Prozent. Diese Kürzung verstehen die Jobcenter allerdings nur als ein Warnschuss. Jeder weitere Verstoß zieht immer drastischere Strafen nach sich - die Gangart wird verschärft. Beim zweiten versäumten Termin wird um 20 Prozent beim dritten um 30 Prozent usw. gekürzt.

Arbeitslose, die eine zumutbare Arbeit, eine Ausbildung, einen 1-Euro-Job, oder eine Eingliederungsmaßnahme ablehnen oder abbrechen, werden die Leistungen ab dem ersten Verstoß sogar um 30 Prozent gekürzt. Beim zweiten Mal werden um 60 Prozent gekürzt und beim dritten Mal gleich die

gesamte Regelleistung. Berechnungsgrundlage ist der Zeitraum von einem Jahr: innerhalb von zwölf Monaten werden die Strafen aufaddiert. So versucht man durch Bewährungszeiten Kritiker ruhig zu stellen. Leistungsbezieher, die sinnlose Kurse abbrechen, müssen weitermachen, auch wenn der dritte oder vierte Kurs zum Bewerbertraining absolut nichts Neues bringt. Junge Arbeitslose, die jünger als 25 Jahre alt sind, droht bereits völliger Leistungsentzug nach dem zweiten Wegbleiben von einer Trainingsmaßnahme.

Bei einer Totalkürzung geht es um die Existenz. Geld für Miete und Strom? In einem Monat mit der letzten Sanktionsstufe werden nicht einmal mehr die notwendigen Wohnungskosten bezahlt. Die eigentliche Sanktion besteht



also darin, dem Arbeitslosen die Wohnung zu entziehen. Wer nicht die Regeln beachtet, hat auch kein Recht auf ein Dach über dem Kopf. Wo haben wir das wohl schon mal gehört?

Obwohl Sanktionen sogar von der zuständigen Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) zumindest für junge Hartz IV-Bezieher kritisiert werden, gehen die Kürzungen immer weiter. Auf diese Weise ist in den letzten Jahren ein regelrechtes Sanktionssystem entstanden, das kaum noch ein Experte durchdringen kann - geschweige denn die Hartz-IV-Bezieher.

Doch die Kritik wächst: Immer mehr Insider, wie die als „Hartz-IV-Rebellin“ bekanntgewordene Inge Hannemann, die im Hamburger Jobcenter arbeitete,

gehen an die Öffentlichkeit und packen aus. 90.000 Menschen haben eine Petition zur Abschaffung der Sanktionen unterstützt und eine Bundestagsanhörung durchgesetzt. In Berlin schilderte Inge Hannemann daraufhin, dass das Jobcenter Sanktionen in einigen Fällen regelrecht provoziere, indem immer wieder Vorladungen ergingen, bei dem Gesprächstermin aber keine konkreten Vorhaben besprochen würden. Wer dann beim x-ten Mal der Einladung nicht folge leistet, weil er schließlich weiß, dass überhaupt nichts dabei raus kommt, dem droht sofort eine Leistungskürzung. Die Klienten werden in Inge Hannemanns Augen durch diese Praxis zu Kleinkindern. Entmündigung durch Sanktion kleinerer und kleinster - angeblicher - Vergehen, dienen wohl nur einem Zweck: der Machtdemonstration.

Darum weg mit Hartz IV und ganz besonders mit den Sanktionen. Im Jahr 2009 gab es bereits eine bundesweite Initiative gegen diese Sanktionen, das so genannte Sanktionsmoratorium. Gewerkschaften, Wissenschaft und soziale Organisationen wiesen darauf hin, dass Sanktionen nicht nur zur Disziplinierung dienen, sondern auch noch ein Sparinstrument darstellen, das den Haushalt entlastet. Die Jobcenter-Mitarbeiter stehen unter einem enormen Druck und müssen Vorgaben erfüllen, wie eine steigende Vermittlungsquote. Die kann aber, schreiben die Autoren des Sanktionsmoratoriums, „ohnehin nur durch den Zwang, ausbeuterische Beschäftigungsverhältnisse anzunehmen, erreicht werden“.

Bislang haben die Bemühungen zur Abschaffung der Sanktionen noch nichts bewirken können. Im Gegenteil, die Sanktionen wachsen und wachsen. Schließlich kontrolliert niemand die Bestrafer in den Jobcentern. Dabei sind sie wohl die wahren Drückeberger, die sich vor der Verantwortung gegenüber den Arbeitslosen drücken, indem sie den Druck von oben nach unten weiterreichen.

**UZ** KOSTENLOS TESTEN!  
unsere zeit - Sozialistische Wochenzeitung - Zeitung der DKP

Zu bestellen bei: ComPress Verlag GmbH, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen, Fax: 0201 24 86 484, [www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de)

# Cyberkrieg im Informationszeitalter

Die jetzt für die Bundeswehr geplanten Kampfdrohnen, die in Jagel stationiert werden sollen, sind nur ein Baustein einer auf elektronischer Kommunikation und Datenverbindung gestützten Militärtechnologie mit dem Fachbegriff Network-Centric Warfare (Netzwerkzentrierte Kriegsführung).

## Vernetzte Operationsführung

Die Bundeswehr nennt ihr Konzept Vernetzte Operationsführung. Damit soll eine Steigerung der militärischen Kampfstärke gegenüber der konventionellen Kriegsführung erreicht werden. Dies geschieht durch die Vernetzung aller relevanten Bestandteile. Die elektronische Funkaufklärung der Elektronischen Kampfführung wird mit auf Datenerfassung und Datenverarbeitung gestützter Informatik und den entsprechenden Kriegswaffen, zum Beispiel Kampfflugzeugen und Kampfdrohnen verbunden.

Durch diese Vernetzung können die bisherigen Begrenzungen der militärischen Reichweite im Einsatzgebiet überwunden werden, die Genauigkeit der Informationen verbessert werden und militärische Reaktionsgeschwindigkeiten erhöht werden. Die digitale Datenübertragung ermöglicht eine Verteilung von Informationen fast ohne Zeit- und Qualitätsverlust. Um Datenverbindungen mit großer Bandbreite zur Verfügung zu haben, die für die Vielzahl der militärischen Operationen umsetzbar sind, ist die Aufrüstung mit Satelliten mit hohen militärischen Beschaffungskosten erforderlich.

Die Informationsüberlastung, die eine Folge des Verbundsystems ist, soll durch die Installierung von Wissensmanagementsystemen und „künstlicher Intelligenz“ vermieden werden, deren Aufgabe es ist, Informationsflut in Wissen umzuwandeln und entsprechend zu verteilen.

Diese Militärtechnologie umfaßt auch die Optronik, eine lasergestützte 3-D-Darstellung von feindlichen Operationsgebieten und militärischen Zielen. Sie kann dazu benutzt werden, dem militärischen Gegner scheinbare Ziele zu präsentieren und den militärischen Gegner durch die Vorgabe falscher Ziele oder falscher Mannschaftsstärke zu täuschen, um die Waffenwirkung

des militärischen Gegners zu reduzieren. Sie kann aber auch dazu verwendet werden, der Öffentlichkeit Szenarien vorzuspielen, die so nicht stattgefunden haben oder auch gar nicht stattgefunden haben können.

An militärischen Beispielen kann erläutert werden, wie sich durch die Vernetzung der unterschiedlichen Systeme und Methoden die militärische Reichweite, die Genauigkeit und die militärische Reaktionsgeschwindigkeit erhöhen:

Ein Soldat verfügt über seine menschlichen Sinnesorgane zur Aufnahme von Informationen über seine Umgebung. Er kann sie mit Hilfe einer Funkverbindung oder Datenverbindung mit anderen Soldaten erweitern. Mit dem Einsatz aller verfügbaren elektronischen und digitalen Möglichkeiten kann er auf die Wahrnehmung



Antikriegstag 2014 in Bramstedtlund

vieler anderer Soldaten außerhalb seiner beschränkten Reichweite zurückgreifen. So können sich alle Soldaten im Einsatzgebiet in das Blickfeld eines anderen Soldaten einblenden. Durch die enge Vernetzung in nahezu Echtzeit würden die Soldaten zu einer kollektiv agierenden Entität verschmelzen und könnten ihre Entscheidungen und Handlungen aufeinander abstimmen, so daß eine schnellere militärische Reaktion erfolgt.

Wenn feindliche Flugzeuge funkttechnisch aufgeklärt werden, richten die Luftraumüberwachungsradsysteme und die Abfangjäger ihre Sensoren auf die feindlichen Flugzeuge. Die Daten von allen Sensoren werden verarbeitet und fusioniert an alle militärischen Verteidigungssysteme übertragen. Dadurch verfügen die Boden-Luft-Raketensysteme und die Abfangjäger über eine überwältigende Menge von Daten über die militärischen Ziele und können entsprechend schnell militärisch reagieren.

Tomahawk-Marschflugkörper überfliegen ein Gefechtsgebiet und warten auf Befehle. Plötzlich entdeckt eine Aufklärungsdrohne eine Boden-Luftraketenstellung mit deaktiviertem Radar, deren Koordinaten nicht als eigene Stellung in ihre Datenbank einprogrammiert sind. Die Marschflugkörper befinden sich bereits in der Nähe der Boden-Luftraketenstellung und in wenigen Sekunden werden die GPS-Koordinaten durch einen gesicherten Kanal von der Drohne an die Marschflugkörper übertragen mit dem automatisierten Befehl, das Ziel zu vernichten. Wenn die Bundeswehr über Kampfdrohnen verfügt, kann sie die militärische Reaktionszeit noch weiter verkürzen, weil bei Kampfdrohnen die Zeit der Informationsübertragung von Aufklärungsdrohne zum Marschflugkörper entfällt. Kein Mensch hätte die Möglichkeit, den automatisierten Vernichtungsbefehl auch nur zu beurteilen, zu kontrollieren oder zu stoppen, etwa wenn er wüßte, daß es sich doch um eine eigene Stellung handelt, deren Koordinaten nur noch nicht in die Datenbank hinein aktualisiert wurden.

Im Konzept der Vernetzten Operationsführung stellt jede Einheit alle für sie relevanten Informationen allen Teilnehmern zur Verfügung, auch über die Grenzen der Teilstreitkräfte und auch über die Grenzen von nationalen Streitkräften hinweg fast ohne zeitliche Verschiebung. Gemäß der Metcalf Regel, die besagt, daß der Nutzen eines Netzes mit der Zahl der Teilnehmer steigt, hat die umfassende Weiterentwicklung der Vernetzten Operationsführung einen Rückkopplungseffekt auf das Ergebnis der Vernetzung. Aber kein Teilnehmer, auch kein politisch legitimer oder militärischer Befehlshaber, könnte über das Ergebnis der Vernetzung willentlich bestimmen, denn dieses wäre nur ein Ergebnis der einprogrammierten Algorithmen. Die Programme wurden aber vorher abstrakt geschrieben ohne Möglichkeit der Kenntnis einer konkret bestimmten politischen oder militärischen Lage, die in der Zukunft eintreten könnte. Danach können die Teilnehmer nur noch einzelne Detailinformationen eingeben, ohne daß sie wissen könnten, wie sie mit ihrer Information das Ergebnis der automatisierten Informationsverarbeitung beeinflussen würden.

Diese militärische Entwicklung hat die weitere Entkoppelung militärischer Entscheidungen und militärischer Reaktionen von parlamentarischen Entscheidungen über Kriegseinsätze zur Folge, da Kommunikation und militärische Entscheidungen in beinahe Echtzeit automatisch innerhalb des vernetzten Systems verläuft, aus dem Menschen als Entscheidungsträger ausgeschlossen sind.

Es ist logisch unmöglich, daß mathematisch abstrakte Algorithmen der Zielerfassung von zu vernichtenden Objekten nach einer menschlichen Logik erstellt werden, in die bekanntlich auch intuitive und emotionale und ethisch moralische oder spirituelle Faktoren oder humanistische Wertvorstellungen eingehen würden. Die Kriege des 21. Jahrhunderts werden im Geheimen vorbereitet und auch durchgeführt. Ihre Ziele und Interessen werden nicht offen gelegt und auch nicht mehr diskutiert. Damit wäre die Bundeswehr nicht mehr nur auf dem Weg „Staat im Staat“ zu werden und militärische Interessen im Verbundsystem NATO wahrzunehmen ohne nationale demokratische Kontrolle.

Vielmehr würde auch eine militärische Führung, die noch aus Generälen und Admirälen bestünde, durch eine von niemandem mehr beeinflussbare abstrakte Roboterlogik ersetzt, wenn sie denn einmal installiert ist.

### Teure Technik für den Cyberkrieg

Die Beschaffung der Technik für den Cyberkrieg erfolgt in geringer Stückzahl bei Firmen, die auch Geheimdienste ausrüsten und deren Produktpalette nicht transparent ist. Über die Vielzahl der aktuellen Antennen, Funkempfänger, elektronischer und digitaler Überwachungssysteme gibt es keinen Überblick, auch nicht über die Kosten. Sie werden oft als Ausstattung von Kriegsgerät geführt. Sie erscheinen nirgendwo als Beschaffungsmaterial, es gibt auch keine Transparenz, wo sie sich befinden. Es wird keine parlamentarische oder öffentliche Diskussion über die Methoden der Kriegsvorbereitung und Kriegsführung geführt und sie ist auch nicht erwünscht.

Die Luftgestützte Unbemannte Nahaufklärungsausstattung (LUNA) beispielsweise liefert Live-Bilder aus einer maximalen Flughöhe von 4 km bei

einer Entfernung von bis zu 80 km. Per Livestream liefert die Aufklärungsdrohne ihre Bilder direkt zur Bodenkontrollstation und zur Luftbildauswertung. Hersteller ist die mittelständische EMT in Penzberg Oberbayern

Für die Kosten der militärischen Spionagesatelliten „Helios 2“ hätten wir 33000 Ärzten ein Jahr lang Tariflohn zahlen können. Zum Vergleich: Ein Eurofighter kostete etwa 4000 Jahresgehälter für Erzieherinnen. Die Heliossatelliten sollen durch MUSIS-Satelliten (multilateral space based system) ersetzt werden. Die Auflösung der Helios-Satelliten aus 700 km Höhe wird mit 1 m angegeben, die MUSIS-Satelliten sollen noch kleinere Ziele identifizieren können mit einer Auflösung von 5 cm, die reiche aber nicht zum Lesen von Autonummernschildern oder zur Identifizierung von Personen aus, so werden wir beruhigt. MUSIS soll eine größere Anzahl von Bildern verarbeiten und an die Entscheidungsträger weitergeben können und das auch noch schneller. Die Kosten dafür sollen 795 Millionen Euro betragen.

Ralf Cüppers

## Veranstaltungsreihe „erinnern um zu lernen - gedenken um zu verändern“ Januar/Februar 2015 in Flensburg

### Was konnten sie tun?

#### Widerstand gegen den Nationalsozialismus 1939 -1945

Eine Ausstellung der Stiftung 20. Juli 1944  
in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

#### 12. Januar bis 14. Februar 2015 im Audimax auf dem Hochschulcampus Flensburg

1933 übernahmen Hitler und die Nationalsozialisten die politische Macht in Deutschland. Sie errichteten eine faschistische Diktatur. Die meisten Deutschen folgten dem neuen Regime begeistert oder passten sich an, weil sie sich davon Vorteile erhofften. Manche blieben passiv. Aber nur wenige Menschen stellten sich den Verletzungen der Menschenrechte und den Verbrechen der neuen Machthaber entgegen. Sie nutzten jene Möglichkeiten, die es auch unter den Bedingungen der Diktatur noch für politisches Handeln gab. Jeder Einzelne musste sich entscheiden, ob er sich den Nationalsozialisten anschloss, untätig abwartete oder Widerstand leistete. Mit dem deutschen Überfall auf Polen im September 1939 begann der Zweite Weltkrieg. Das Regime ging noch brutaler gegen seine Gegner vor. Trotzdem kämpfte eine kleine Minderheit der Deutschen weiter aktiv gegen das Regime.

Die Ausstellung zeigt, wie vielfältig die Formen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus waren. Manche Menschen verbreiteten Informationen ausländischer Rundfunksender, druckten Flugblätter und verteilten sie. Andere halfen verfolgten Juden, Kriegsgefangenen oder Zwangsarbeitern. Und einige versuchten, Hitler zu stürzen, um seine verbrecherische Herrschaft und den Krieg zu beenden.

Das Begleitprogramm umfaßt - neben der Eröffnungsveranstaltung - Themenabende und Filmvorführungen zum Antifaschistischen Widerstand sowie eine Stadtwanderung auf den Spuren von Verfolgung und Widerstand 1933-1945 in Flensburg.

Veranstalter: Evangelische Studierenden-Gemeinde Flensburg, Frauenwerk Kirchenkreis Schleswig-Flensburg und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten Flensburg. Weiter zählen zu den Veranstaltern im Jahr 2015: Kulturbüro der Stadt Flensburg, DGB Region Schleswig-Holstein Nordwest, IG Metall Flensburg und der Kirchenkreis Schleswig-Flensburg.

## TERMINE

### Mitgliederversammlung

Z Donnerstag, 13. Nov., 18 Uhr

Z Donnerstag, 11. Dez., 18 Uhr

Z Donnerstag, 8. Jan., 18 Uhr

im Restaurant FEUERSTEIN,

Norderstraße 98, Flensburg

## BLICKPUNKT

DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

Herausgeber: DKP Flensburg  
Postfach 1401, 24904 Flensburg  
Mail: dkp.flensburg@versanet.de

Erscheinungsweise: vierteljährlich  
Redaktion: Ludwig Hecker (ViSDP)  
Druck: Eigendruck

BLICKPUNKT liegt regelmäßig aus:  
beim AstA der UNIVERSITÄT  
OSSJETZKY-BUCHHANDLUNG  
VOLKSBAD | HAFERMARKT  
KAFFEEHAUS | VIVA  
GRISOU | CAFÉ CENTRAL  
PORTICUS | FEUERSTEIN  
TABLEAU-KULTURCAFÉ

Spenden können überwiesen werden  
Konto: Santander Bank Kiel  
IBAN: DE02500333001050379700  
BIC: SCFBDE33XXX  
Verwendungszweck: Blickpunkt